

Bezugspreis:

Für Juli 2000 M. freibleibend, voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Rheinlande sowie Österreich und Luxemburg 30 000 M., für das übrige Ausland 35 000 M. Postbezugspreis freibleibend in D. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Island, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Woll und Feil“, der Unterrichtsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Giedlung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einzeln.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 12. Juli 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkontor: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Volksbank-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenzeile kostet 5000 M. Halbspalt 25 000 M. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 1500 M. (zählend zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 800 M. Stellungsliste das erste Wort 800 M., jedes weitere Wort 500 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Annoncen Seite 1200 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 8 Uhr nachm.

Einigung in der Metallindustrie.

Arbeitsaufnahme am Freitag.

Um zwölf Uhr nachts wird uns von der Streikleitung mitgeteilt:

Die Urabstimmung hat die Annahme des Einigungs-vorschlages gebracht. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt am Freitag. Die Betriebsräte haben sich deswegen mit den Betriebsleitungen am Donnerstag in Verbindung zu setzen.

Die Zentralkomitee. J. A.: Ulrich.

Mitte Juni wurde zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband vereinbart, fortan wöchentliche Lohnabkommen zu treffen. Der Spitzenlohn für die Woche vom 18. bis 24. Juni wurde auf 5500 Mark festgesetzt. Am 25. Juni wurde über die Löhne für die Woche vom 25. bis 30. Juni verhandelt. Die Unternehmer lehnten jeden Teuerungsausgleich ab und zogen ihr bereits in den vorherigen Verhandlungen in Aussicht gestelltes Zugeständnis von 6500 Mark als Spitzenlohn zurück. Der Dollar sei wieder gesunken. Schon nach dem Ausgang dieser Verhandlungen wurde im „Vorwärts“ festgestellt, daß mit einem Kampf der Metallarbeiter zu rechnen sei. Beide Parteien beschloßen die Anrufung des Reichsarbeitsministeriums. Die Metallarbeiter forderten einen Spitzenlohn von 10 000 Mark. Die Arbeitgeber lehnten jedes Gegenangebot ab; einer der Vertreter hielt den Lohn der Vorwoche von 5500 Mark für angemessen. Die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium am 27. Juni endeten mit einem Schiedsspruch, der einen Spitzenlohn von 6500 Mark vorschlug. Die Funktionäre des Metallarbeiterverbandes lehnten es ab, über diesen Schiedsspruch auch nur zu diskutieren. Am 29. Juni wurde der Schiedsspruch in einer Urabstimmung der Verbandsmitglieder mit etwa 100 000 gegen 11 000 Stimmen abgelehnt. Der Streik war damit beschlossen. Das Reichsarbeitsministerium griff sofort

am ersten Tage ein. Am Montag, den 2. Juli wurde ein letzter Versuch gemacht, den Kampf zu vermeiden. Die Verhandlungen führten zu dem Entschluß, am folgenden Tage ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen. Dessen Schiedsspruch brachte eine Erhöhung des Stundenlohnes auf 9000 Mark für die Lohnwoche vom 2. bis 8. Juli. Gefordert waren für diese Woche 10 500 Mark. Für die Vorwoche sollte der Lohn von 6500 Mark bestehen bleiben, jedoch auf die Rückzahlung der Vorschüsse von 40 000 bzw. 30 000 Mark verzichtet werden, so daß der Spitzenlohn für die letzte Juniwoche 7333 Mark betragen hätte. Der Wochenlohn sollte ab 9. Juli in zwei Raten, und zwar Montags zu einem Teil, der Rest am Lohnstage gezahlt werden. Eine Funktionärerversammlung am Abend des gleichen Tages beschloß einstimmig, den Schiedsspruch abzulehnen. Wie berichtet wurde, mit aus Verbitterung über die Verschleppungstaktik der Unternehmer in der Frage der wertbeständigen Löhne. In der Urabstimmung der Metallarbeiter am Donnerstag, den 5. Juli, wurde der Schiedsspruch, den die Metallindustriellen gegen eine beträchtliche Minderheit angenommen hatten, mit 120 444 gegen 9049 Stimmen abgelehnt und damit der Streikbeschuß erneut bestätigt. Die Streikleitung beschloß am 6. Juni den Teilstreit über etwa 50 Betriebe.

Der weitere Gang der Dinge ist bekannt. Dem kommunistischen Element in den Betrieben gelang es, die einfachsten Gebote gewerkschaftlicher Kampfdisziplin über den Haufen zu rennen und eine ganze Reihe von Betrieben mit in den Streik hineinzuziehen, bevor die Streikleitung dazu die Weisung gegeben hatte.

Das jetzt erzielte Ergebnis ist ein sachlicher und grundsätzlicher Erfolg. Ihn mit den Waffen des gewerkschaftlichen Kampfes auszubauen, durch Sicherung der Wertbeständigkeit der Löhne, muß jetzt die Aufgabe sein!

Ein historischer Kongress.

Die Labour Party, die größte oppositionelle Partei im englischen Parlament, hielt kürzlich in London unter Anteilnahme von etwa 1000 Delegierten ihren Jahreskongress ab. „Daily Herald“, das Blatt der englischen Gewerkschaften, bezeichnete die Tagung als einen „historischen Kongress“. Die allgemeine Ueberzeugung in England ist, daß die englische Arbeiterpartei bei den nächsten Wahlen die Mehrheit erobern und ans Ruder gelangen wird. Schon jetzt übt sie durch ihre starke Fraktion im Parlament einen zunehmenden Druck auf die gesamte englische Politik aus, und dies um so mehr, als es den ausgesprochen sozialistischen Elementen der Labour Party gelungen ist, die früheren nur-gewerkschaftlichen, halb-liberalen Tendenzen in der Arbeiterbewegung zurückzudrängen und ihr ein klar umrissenes sozialistisches Gepräge zu verleihen. Diese Umstände, verbunden mit der kritischen politischen und wirtschaftlichen Lage des Landes, haben dem diesjährigen Kongress der Labour Party die größte Beachtung des In- und Auslandes verschafft.

Der Kongress hat die auf ihn gesetzten Erwartungen gerechtfertigt. Durch die Wahl Ramsay MacDonalds zum Vorsitzenden der Partei und durch die Annahme einer Resolution, daß das Ziel der Arbeiterpartei die Herbeiführung und Erkämpfung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist, hat der Kongress der Radikalisierung der großen Arbeitermassen Englands Rechnung getragen und die durch verschiedene Wahlen in die Erscheinung getretene Zuwendung der britischen Arbeiterschaft zum Sozialismus auch parteiamtlich bestätigt. Diese beiden Beschlüsse dokumentieren zweierlei: Einmal, daß der Kongress die Führung der Partei in die Hände eines Sozialisten gelegt hat, der von jeher ein außerordentliches Verständnis für die internationalen Aufgaben des Sozialismus hatte und durch seine Haltung im Kriege und nach dem Kriege sich als unverfälschter Freund des Imperialismus erwiesen hat. Und zweitens, daß das klare Bekenntnis zur sozialistischen Gesellschaftsordnung und zum Kampf um die Herbeiführung dieser Gesellschaftsordnung dem Zustand ein Ende gesetzt hat, daß die meisten Arbeiterorganisationen des größten kapitalistischen Landes Europas keine selbständige proletarische Politik betrieben, dem Sozialismus gleichgültig oder gar ablehnend gegenüberstanden und mit der internationalen Arbeiterbewegung nur äußerst lose verknüpft waren.

Daß dieser Zustand der Isolierung der englischen Arbeiterbewegung nunmehr ein Ende erreicht hat, ist nicht nur eine Folge der tiefenwühlenden Ereignisse des Weltkrieges und der danach einsetzenden sozialen Gärung in England, sondern die notwendige Konsequenz der Tatsache, daß der Schwerpunkt der europäischen Arbeiterbewegung sich von dem Festlande nach England verschoben hat. Hier steht die Arbeiterklasse, ausgerüstet mit mächtigen Organisationen und den Waffen einer hochentwickelten Demokratie, vor sozialpolitischen Aufgaben, die im Rahmen Englands allein nicht gelöst werden können. Die weltpolitische Hegemonie, die nach dem Weltkriege Großbritannien zugefallen ist, hat die englische Arbeiterklasse aus dem engen Rahmen der Landespolitik hinausgedriven und sie gezwungen, international zu denken. Eine internationale Politik kann aber nur eine sozialistische sein. Darum ist die notwendige Folge dieser Entwicklung, daß die englische Arbeiterklasse sich nicht allein darauf beschränken kann, die auswärtige Politik ihrer Regierung im antimperialistischen und antimilitaristischen Geiste zu beeinflussen und die internationalen Probleme der Nachkriegszeit unter dem Gesichtspunkt des nationalen Selbstbestimmungsrechts und der Völkerverständigung zu lösen, sondern daß sie in ihrer inneren Politik das Schwergewicht auf konkrete sozialistische Maßnahmen, auf den sozialistischen Aufbau in Wirtschaft, Staat und Gemeinde richten muß.

Die Richtlinien einer solchen Politik hat Sidney Webb, der berühmte Gelehrte, in seiner großangelegten Eröffnungsrede auf dem Kongress gezeichnet. Was wir heute um uns sehen — führte er aus —, das ist, bewußt oder unbewußt, der Kampf darum, wer den Krieg verloren haben soll: diejenigen, die von ihrem Eigentum, oder diejenigen, die von ihrer Arbeit leben.

„Wir sehen — fuhr er fort — die immer vollständiger werdende freie Konkurrenz durch die Privatmonopole der Trusts. Wir sehen, daß in einem in der Vorkriegszeit unbekanntem Grad und Ausmaß die Eigentümer des angehäuften Reichtums sich die unmittelbare Herrschaft über die Regierung, über die Presse, über die Erziehung, über alle gesellschaftlichen Organisationen angeeignet haben und sie völlig in den Dienst ihrer Privatinteressen stellen. Wir sehen eine Arbeitslosigkeit, unerhört nicht nur in ihrer Ausdehnung, sondern auch in ihrer Dauer und Allgemeinheit. Das ist es, womit die Arbeiterpartei ringt.“

Die Mittel zur Lösung dieser Probleme sieht die Arbeiterpartei nicht allein auf dem Gebiet der auswärtigen Politik, nicht allein in der energischen Bekämpfung des Imperialismus und der Lösung der internationalen Probleme unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen Vernunft, sondern zu einem wesentlichen Teile auf dem Gebiete der inneren Politik. Nur in dem Maße, wie die Arbeiterklasse wirtschaftliche und politische Macht im eigenen Lande erringt, vermag sie die

Ruhrbilanz.

WIB. verbreitet folgende Statistik: Die „friedliche“ Ingenieurkommission im Ruhrgebiet. 6 Monate Ruhrreinbruch. Militärischer Aufwand. Stärke der Arme im Ruhrgebiet 87 000 Mann (80 000 Franzosen, 7000 Belgier), Infanterie, Artillerie, Kavallerie, Tanks, Flieger, Monierabteilungen usw., dazu im allbelegten Gebiet 90 000 Franzosen, 17 000 Belgier, im Bräuentopf Aehl 1000 Franzosen, ferner 10 000 französische und 100 belgische Eisenbahner.

Der Terror gegen die wehrlose Bevölkerung. Bis Anfang Juli: Gestört 92 Personen! Verurteilt: Zum Tode: 9 Personen. Gesamthöhe der Freiheitsstrafen: rund 1000 Jahre. Im einzelnen 967 Jahre, 7 Monate, 23 Tage Gefängnis und Zwangsarbeit, zwei Personen zu lebenslänglichem Zuchthaus oder Zwangsarbeit. Gesamthöhe der Geldstrafen: 1,64 Billionen Mark und 108 069 Tros.

Von Haus und Hof vertrieben: 75 714 Personen, davon ausgewiesen: 71 145 Personen.

Der Krieg gegen die Kinder!

Im preussischen Einbruch- und Sanktionsgebiet wurden 169 Schulen mit 1537 Schulklassen für 50 000 Schüler bzw. Schülerinnen beschlagnahmt.

Der Erfolg!

Die Kohlenausbeute. In der Zeit vom 11. Januar bis 30. Juni sind für Frankreich und Belgien insgesamt

478 700 T. Kohle
515 200 „ „ Kohle
993 900 T.

abgefahren worden.

In dem durch Feiertage ungünstigen Monat Dezember 1922 betrug die deutsche Lieferung aus dem Ruhrgebiet

677 495 T. Kohle
531 310 „ „ Kohle
1 208 795 T.

Im Januar 1923 bis zum Ruhrreinbruch wurden von Deutschland geliefert

214 878 T. Kohle
185 647 „ „ Kohle
410 020 T.

d. i. die knappe Hälfte der in fast 6 Monaten von den Franzosen und Belgier abgefahrenen Mengen Kohlen und Koks.

172 Eisenbahner ausgewiesen.

Essen, 11. Juli. (WIB.) Von Duisburg ging am 9. Juli ein Transport ausgewiesener ab, der 172 Eisenbahnerfamilien mit 700 bis 800 Personen umfaßte. Die sonst übliche Abschiedsfeier war verboten.

Neuer Mord an der Ruhr.

Oberhausen, 11. Juli. (WIB.) Aus amischer Quelle wird mitgeteilt: Am 8. Juli 1923 gegen 12 Uhr mittags kam der Bergmann Kruse von seiner Arbeitsstelle nach Hause. Vor seinem Wohnsitz, Wehrstr. 9, wurde er von zwei französischen Posten (ein Unteroffizier und ein Soldat) angehalten und nach seinem Ausweis gefragt. Nachdem Kruse den Ausweis übergeben hatte, wurde er aufgefordert, unter die Laternen Gasse Wehr- und Rolandstraße mitzugehen. Nach Prüfung des Ausweises wurde Kruse der Eintritt in sein Haus, obwohl er vor seiner Haustür stand, verweigert. Er wurde um den Nordgiebel herum auf eine angrenzende Wiese geführt und, soweit bisher festgestellt ist, von den beiden Franzosen ohne Grund erschossen. Die Ehefrau des Kruse sah den ganzen Vorgang vom Fenster aus mit an, war jedoch nicht in der Lage, ihrem Manne zu Hilfe zu kommen und hörte nur noch die Kruse: Meine Frau! Meine Frau! Sie hörte, wie die Schüsse, die Kruse töteten, fielen. Ein hinzukommender Nachbar sah, wie der Erschossene von den Soldaten nach dem Zerschlagen getragen wurde. Die Leiche wurde später der deutschen Behörde freigegeben. Soweit in Erfahrung gebracht werden konnte, sind die Täter von der Befehlsgewalt festgenommen worden. Weitere Ermittlungen sind eingeleitet worden.

Essen, 11. Juli. (WIB.) Wie aus Oberhausen gemeldet wird, wurde am 10. Juli abends ein französischer Soldat von einem anderen Soldaten, der eine Art Tobsuchtsanfall bekam, an der Strecke Oberhausen—Rhein in der Nähe der Guts-Hoffnungshütte erschossen.

Arbeitslosenunterstützung verboten!

Eberfeld, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Besatzung unternimmt jetzt den Versuch, den passiven Widerstand durch Unterbindung der Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung zu brechen. Die belgische Besatzungsbehörde hat der Düsseldorf Regierung mitgeteilt, daß in Zukunft in Uebereinstimmung mit der Entscheidung der Rheinlandkommission jede Verteilung von Geldern der Ruhr- und Rheinlande untersagt ist. Die entsprechenden Konten der Regierung sind an Banken, öffentlichen und privaten Instituten gesperrt. Die Verwaltung soll unmittelbar alle Rechnungskonten anzeigen, die sie besitzt oder die sie sich eröffnen lassen will, gleichviel wie der Titel ist, unter dem diese Konten laufen. Zu widerhandlungen werden als Maßnahmen gegen die Ordemananz der Rheinlandkommission mit harten Strafen belegt. Regierungspräsident Dr. Brüchner hat gegen diese Maßnahme entschiedenen Protest erhoben. Er teilte der belgischen Besatzungsbehörde in einem Schreiben mit, daß die Regierung die Pflicht habe, in Not befindliche Staatsbürger nach Kräften zu unterstützen. Darum habe er seine Beamten angewiesen, des Anspruchs der belgischen Besatzungsbehörde nicht zu beachten.

brennendsten Probleme der inneren und äußeren Politik zu lösen. Richtgebend ist aber hierbei die Auffassung, daß die britische Arbeiterpartei sich in ihrem Kampf für den Sozialismus den besonderen englischen Verhältnissen anpassen müsse und das große historische Experiment, gewissermaßen als Gegenstück zu der mißglückten bolschewistischen Revolution, auszuführen wolle: durch friedliche Mittel, durch eine evolutionistische Politik zur sozialistischen Gesellschaftsordnung zu gelangen.

Inbesondere waren es zwei Fragen, in denen dieser Standpunkt zum Vorschein kam, die einzigen zugleich, in denen eine gegensätzliche Auffassung innerhalb der Partei zu merken war. In zwei Resolutionen wurden die Frage der Staatsform und der nationalen Verteidigung zur Erörterung gestellt. Die Lokalorganisation von Stockport legte einen Beschlus Antrag vor, in dem die Partei aufgefordert wird, zu beschließen, „da die königliche Familie heute schon seinen notwendigen Bestandteil der britischen Verfassung bilde“, die Erkrämpfung der Republik in das Parteiprogramm aufzunehmen. Eine andere forderte die parlamentarische Vertretung auf, alle Rüstungsausgaben ohne Ausnahme abzulehnen. Beide Anträge wurden mit einer erdrückenden Mehrheit abgelehnt. Gegen die republikanische Resolution sprach im Auftrag der Exekutive George Lansbury, der sich als überzeugter Republikaner bekannte, aber ausführte, daß seine frühere Auffassung, daß Königtum und Adel die Ursachen der Armut sind, falsch sei; der Feind, der vor allem bekämpft werden müsse, ist das kapitalistische System. Er sagte, daß alle Abgeordneten, gleichviel, ob sie Gewerkschafter, Sozialisten oder Kommunisten sind, einen Eid auf die durch die Verfassung festgelegte Verfassung leisten, und wenn einmal die Arbeiterpartei die Macht und den Willen haben wird, zu bestimmen, daß der König nicht ein Teil der britischen Verfassung ist, werde diese Frage ohne viel Schwierigkeiten erledigt werden. Zu der Rüstungsfrage führte Henderson aus, die Annahme dieser Resolution würde die Arbeiterpartei zwingen, dem Lande zu sagen, daß die Wächtergreisung durch die Arbeiterpartei die unmittelbare Abschaffung des Heeres, der Flotte und der Luftstreitkräfte bedeuten würde. Demgegenüber meinte Henderson, daß die Notwendigkeit der Verteidigung des Landes auch für eine Arbeiterregierung bestünde, denn das Leben eines Insellandes sei ohne Flotte unsicher. Wenn Frankreich bei seiner heutigen politischen und psychologischen Verfassung verharre, bestiehe die Notwendigkeit der Verteidigung für Großbritannien, von welcher Partei es immer regiert wird. Die Partei habe ihre Anstrengungen auf eine internationale Regelung der Rüstungsfrage zu richten und dem Gedanken der friedlichen Verständigung bei allen Nationen, vor allem bei den militärisch mächtigsten, Einlaß zu verschaffen. Der Vorschlag wurde tatsächlich mit 808 000 Stimmen gegen 2924 abgelehnt. Ein ähnliches Schicksal wurde einem anderen Antrag bereitet, der die Partei auffordern wollte, für die unterdrückten Völker des britischen Weltreiches wirksamer, als es bisher geschah, einzutreten. Die beste Unterstützung der vom britischen Imperialismus unterdrückten Völker sei die Stärkung der Arbeiterpartei, meinte MacDonald, und die Mehrheit der Konferenz verpflichtete dieser Auffassung mit erdrückender Mehrheit bei.

Die hier geschilderten Erörterungen deuten sehr klar darauf hin, daß sich die überwiegende Mehrheit der Labour Party dessen bewußt ist, die großen weltpolitischen Fragen nur in internationalem Maßstabe lösen zu können. Nur kommunistische Demagogie könnte ihr den Vorwurf machen, daß sie vor der Lösung der militärischen und kolonialen Fragen zurückschrecke und jeder klaren Entscheidung ausweiche. Daß dies nicht der Fall ist, hat der Kongreß der Arbeiterpartei durch seine entschiedene Stellungnahme gegen die von der englischen Regierung angekündigte Vermehrung der Luftstreitkräfte und durch die Forderung nach der sofortigen Einberufung einer internationalen Konferenz dokumentiert, die den Vertrag von Versailles zu revidieren hätte. Wenn er aber gleichzeitig die weitergehenden Vorschläge einzelner Organi-

sationen mit überwältigender Stimmenmehrheit ablehnte, so tat er das aus der Erkenntnis, daß internationale Probleme nur international gelöst werden können, und daß es sich jetzt darum handele, durch Stärkung der Macht der englischen Arbeiterklasse im eigenen Lande und durch weitestgehende Förderung der sozialistischen Bewegung in den anderen Ländern die Voraussetzungen für eine internationale sozialistische Politik zu schaffen.

Es gibt ein englisches Sprichwort: „Keine Beine in die Luft, keine Beine in den Schlamm!“ Im Sinne dieses von acht britischem Realismus und Praktizismus erfüllten Wortes hat der Kongreß der englischen Arbeiterpartei zu den brennendsten Fragen der inneren und äußeren Politik Stellung genommen. Wir haben die Zuversicht, daß die stärkste Arbeiterpartei der Welt auf dem festen Boden der Wirklichkeit weiterstreiten wird, um bei der Lösung der brennendsten Fragen der Nachkriegszeit entscheidend mitzuwirken und endgültig Brezche zu schlagen in die kapitalistische Gesellschaftsordnung.

An die Laterne!

Seine eigene Auffassung von Metallarbeiterstreik und Stellung der Sozialdemokratie in ihm hat J. J. im „Tag“. Der schreibt nämlich:

Die Sozialdemokraten — das darf nicht vergessen werden — haben die Deiche eingerissen, über die die zerfallende Flut jetzt hinwegbrüllen will. Die Geschichte ihrer Partei ist die Geschichte einer langen, mühseligen, zäh betriebenen Deichsabotage. Schwacher Trost, daß die Saboteure, geben die Wogen wirklich über uns hinweg, an die höchsten Laternenpfähle gehängt werden. Oder überhaupt kein Trost. Nur die Bestätigung jenes Befehles, nach der sich alle Schuld auf Erden rächt.

Diese Art, den Gedenktag des halbjährigen Kampfes um die Ruhr zu begehen, verdient zum mindesten unter die Laterne gerückt zu werden. An die Laterne wünschen wir Herrn J. J. nicht. Denn es würde dadurch doch nicht heller!

Deutschvölkische „Martyrer“.

Das „Deutsche Tageblatt“ veröffentlicht unter der sensationellen Ueberschrift „Schwere marxistische Bluttat“ einen längeren Bericht über eine Betriebsversammlung in der Knorrbrücke, bei der Mitglieder der deutschvölkischen Kampfgewerkschaft von einer proletarischen Hundertschaft angegriffen und über vierzig verletzt worden seien. Einer der Angegriffenen liegt im Sterben. Es handelt sich bei dieser Meldung um einen der üblichen deutschvölkischen Verheerungsversuche. Tatsächlich liegen die Dinge so, daß es im Verlauf der Versammlung zu einer Schlägerei zwischen Völkischen und Nichtvölkischen kam, die in den „Kampfgewerkschaftern“ Streikbrecher sahen. Es ist richtig, daß ein völkischer Arbeiter in das Krankenhaus transportiert werden mußte, doch wurden hier nur leichte Verletzungen festgestellt. Derartige Prügelszenen sind natürlich wie alle „schlagenden“ Argumente zu verurteilen. Am besten, man läßt die völkischen Heilsapostel von Halenkreuz-Oboden an ihrem Stammtisch sitzen und verschafft ihnen nicht die unverdiente Glorie eines Märtyrertums, mit dem sie dann in der schwerindustriellen Presse hausieren gehen.

Verbot deutschvölkischer Wahlpropaganda.

In seinem Erlaß über die Durchführung des Verbots der Deutschvölkischen Freiheitspartei hatte der Preussische Minister des Innern für den Fall von Wahlausbrechungen im Sinne des § 15 des Gesetzes zum Schutze der Republik besondere Anordnungen in Aussicht gestellt. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, weist der Minister nunmehr für Fälle von Neuwahlen der Gemeindevertretungen darauf hin, daß infolge des Verbots und der Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei jede Werbung für die Partei als solche mit den Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der Republik (§ 19) unvereinbar und deshalb unzulässig ist. Auch dürfen Wahlpropaganda als Kennwort nicht die Bezeichnung der verbotenen und aufgelösten Partei tragen.

Lebe Mitwirkung oder Heranziehung jeder etwa vorhandener Organisation der Deutschvölkischen Freiheitspartei zur Vorbereitung und Durchführung der Wahl ist unzulässig. Wahlversammlungen können weder von der verbotenen Partei selbst noch von einem Parteiorgan einberufen werden.

Bayerische Beamtensprache.

Reichspräsident und Reichsregierung vogelfrei?

München, 11. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer bisher unwidersprochen gebliebenen Zeitungsmeldung hat sich anlässlich einer geschlossenen „vaterländischen“ Feier in Augsburg der Festredner Freiherr v. Aichele, Oberregierungsrat beim Oberversicherungsamt Schwaben, in ungewöhnlich herabwürdigender Weise gegen die republikanische Staatsform und gegen den Reichspräsidenten ausgesprochen. Die Rede des feudalen Staatsbeamten wurde charakterisiert durch folgenden Satz: „Es heißt, in Deutschland gibt es keine Schweine mehr. Gerade genug gibt es noch; geht hinaus nach Berlin, dort ist alles vorbereitet und verkauft.“ Es wird niemand einfallen, mit dem Herrn Baron über Geschmack und öffentlichen Anstand zu streiten. Wir Deutsche haben es ja schon immer zu unserem Schaden erfahren müssen, daß das Wortlein „von“ niemals eine Gewähr bietet für ein auch nur bescheidenes Mittelmaß von staatsbürgerlicher Tüchtigkeit, von Geistes- und Herzensbildung. Es interessiert uns aber, wie der bayerische Innenminister ein solches Benehmen eines seiner Beamten beurteilt, zumal in seiner Umgebung so viel und so gern über die verlebte Staatsautorität geknarrt wird.

München, 11. Juli. (Eig. Drahtber.) Der Landesauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Bayerns richtete am Mittwoch an die bayerische Regierung folgende offene Anfrage: „Unerträgliche Preissteigerungen auf allen Gebieten, Hunger, bitterste Not und weitere unglückliche Verleumdung sind die Begleitererscheinungen für die unteren Schichten der Bevölkerung. Die Lage verschärft sich stündlich. Was denkt die bayerische Staatsregierung in Anbetracht dieser katastrophalen Entwicklung zu tun?“

Gedenktag für Ostpreußen.

Eine Ansprache Brauns.

Bei der Feier des dritten Jahrestages der ostpreussischen Abstimmung, die der Bund heimatreuer Ostpreußen am Mittwochabend im Landtagsgebäude abhielt, hielt der preussische Ministerpräsident Braun die Eröffnungssprache, in der er u. a. ausführte:

Wenn wir heute in einer Zeit, die sonst so wenig zum Feiern geeignet ist, den dritten Jahrestag der ostpreussischen Abstimmung mit einer Stunde des Gedenkens feiern, so kommen wir zunächst einmal zusammen, um den Hunderttausenden von ostpreussischen Männern und Frauen zu sagen, wie ihnen es das preussische Volk und darüber hinaus alle Deutschen danken, daß sie das durch fremde Eroberung bedrohte Stück unserer schönen Heimatprovinz, mit demselben Mute und Entschlossenheit, wie ihnen es vorher im blutigen opferreichen Kampfe gegenüber den feindlichen Armeen behauptet hatten, erneut mit dem Stimmzettel verteidigt haben. Die ganze Abstimmung hat mithin das eine Gute zur Folge gehabt, daß sie denen, die es nicht wußten oder besser gesagt, nicht wissen wollten, gar keine Zweifel mehr an der Tatsache ließ:

Ostpreußen ist deutsch, heute und für alle Zeit!

Aber noch ein anderes Gefühl läßt uns heute diese Feier willkommen erscheinen. Ich glaube, daß kaum in einem anderen Teile Deutschlands die Tragödie der Rhein- und Ruhrdeutschen so mitgeföhlt werden kann wie in Ostpreußen. Denn sich ganz in die Seele und die Stimmung derer hineinversetzen, die mit Weib und Kind und mit brutaler Haft von einem grausamen Feinde aus der Heimat vertrieben werden, — das kann letzten Endes doch nur der, der selbst den Feind im Lande gesehen hat, der selbst einmal in ähnlicher Lage war, der selbst in ohnmächtigem Zorn davonwandern und seinen von Großvater und Urgroßvater schon bebauten Boden, das Haus seiner Jugenderinnerungen und die Gräber seiner Lieben unter feindlichem Terror verlassen mußte.

Wir alle brauchen in diesen unendlich schweren Tagen nicht nur nationale Begeisterung und restlose opferfreudige

Musik im Buch.

Von Dr. Kurt Singer.

Wer Musikbücher kauft, muß wissen, was er will: Belehrung, Unterhaltung, Schönheitsgefühl, Biographie, Philologie, Beschreibung oder Anekdoten, Wissenschaft oder Feuilleton. Für alle Spielarten gibt es, auf jedem Zweiggebiet der Musik, immer wieder neue Werke, Einführungen, Kommentare. Ein Standard-Werk der Musikwissenschaft muß immer wieder an der Spitze einer Umfassung genannt werden: Pilmanns Musiklexikon (Verlag W. Hesse). Einstein hat die neueste Auflage besorgt, und ein forschrittsreicher Geist in die Kritik der neueren Musik ist eingebracht. Man liest keine Seite des Bandes ohne Interesse, da sich zu dem umfassenden philologischen Apparat immer ein Ton besonderer persönlicher Einstellung hinzugesellt. Auch die Grenzgebiete der Musik (Psychologie, Ästhetik, Musik) sind neben dem Biographischen und Fachtechnischen in glänzenden kurzen Abhandlungen vertreten. Die Literatur ist bis auf unsere Tage ergänzt, durch die Bemühung Einsteins auch die ausländische. Eine geradezu überreiche Fülle an Wissen und Lehren; ein Führer durch die Musik und Wissenschaft der Musik, wie er in solcher Einheitslichkeit und Geschlossenheit wohl in keinem europäischen Lande zu finden ist. Es ist nicht mehr und nicht weniger als ein Ertrag für eine ganze Bibliothek.

Wilhelm Klatt hat in seiner „Harmonielehre“ (Cosmos-Verlag) seine reichen Vorkenntnisse gründlegend vorgetragen, mit einer das Wesentliche vorzüglich treffenden Auswahl von Musikbeispielen. Weniger gelehrt, als das ins letzte Detail gehende Werk von Thuille ist das von Klatt an populärer Deutlichkeit und Formgewandtheit kaum zu überbieten. Es gehört wirklich in die Hand jedes systematisch Lehrenden, jedes ernst arbeitenden Musikers. Eine eigene Welt von Musikideen baut Ernst Bloch schöpferisch in seinem „Geist der Utopie“ auf (2. Auflage Verlag Cassirer). Von so hoher Warte sprach, in solch stammendem Geist dachte seit Nietzsche niemand über Kunst, wie dieser Philosoph. Ein scharfer Kritiker, ein kenntnisreicher Historiker, ein fühlbarer Musikanter. Andere mögen Wagner, Mahler, Strauss besser erklären: Bloch hat sie in ihres Wesens Kern erkannt, begriffen und dargestellt. Wer sich durch die Blendlichter der Dialektik nicht irre machen läßt und wer begibt ist für Musik, der findet in dem Hauptteil des Werks den Geist, den Sinn der Musik rein und erlebt anregend und befruchtend wieder. Das Wesen, das „Ding an sich“, so weit es Klang und Musik heißt, hat Bloch in hymnischer Sprache gemeißelt.

In ähnlichem Geist, doch immer mehr als praktischer Musiker, denn als Theoretiker, stets bereit zu einem treffenden Apocryph, aus einem vielseitigen Wissen und Erfahren heraus, spricht Busoni seine Gedanken „von der Einheit der Musik“ aus (Verlag Hesse). Es sind gesammelte Skizzen über literarische, ästhetische, musikalische Dinge, die die Welt regieren. Busoni schreibt so etwas nebenbei, gleichsam mit der linken Hand (während die rechte produktiv schafft); jede schöngeistige Bemerkung könnte zu einem Aufsatz werden. Aber das können andere auch. Busoni gibt Ideen, Erleuchtungen und Einfälle. Sie sind so originell, daß ihre Herausgabe bei allem Mangel an ideenmäßiger Ordnung begrüßt sei.

Lebenserinnerungen großer Musiker sind von Wert, wenn sie von Welt, Leben und Menschen erzählen. Solche Tagebücher aber,

wie das von Iwan Scharwenka (Kochler-Verlag), sind überflüssig, weil nur für die Familie und den engen Schülerkreis geschrieben. Diese Publikation, 1922 einer „durchlauchtigsten Fürstin“ zu Füßen gelegt, verläßt ihren Autor über Gebühr aus der Schar trefflicher Musikanten herauszuheben und verlagert leider im Stil noch mehr als in der Gesamteinstellung auf Wesentliches oder Gleichgültiges.

Von Biographien seien die beiden blendend geschriebenen Werke, Wehmanns „Verdi“ und Declers Johann „Strauß“ an der Spitze genannt. Es sind keine Anekdotenreihenungen von Tatsachen, sondern Psychographien, meisterhafte Vertiefungen in Kunst, Wesen, Wand und Reife der Meister. Ihr Wert ermaßt aus ihrem Leben mit Naturnotwendigkeit. Diese Synthese hat besonders Wehmann in seiner ersten deutschen Verdi-Biographie kläglich dargestellt. Man verzicht ihm bei dieser Begeisterung für Italien sogar den grimmigen Vorstoß gegen den Koloss Wagner. (Beide Werke sind in der „Deutschen Verlags-Anstalt“ erschienen.)

Ueber Bruckner schreibt Max Auer ein erfahrungsreiches, authentisches Buch, mit außerordentlichem Fachkenntnis und klarem Blick für die Technik Brucknerscher Kunst. (Amalthea-Verlag.) Edward Dent, der berühmte englische Kritiker, bereichert die deutsche Literatur mit einem gründlichen Werk über Mozarts Opern (Reich-Verlag, Berlin). Das schöne an dem Buch ist, daß es zugleich literarisch, musikalisch und reperiend in den Problemen nahekommt, daß es bei den Uebersetzungen nicht selten bleibt, sondern Bühnen- und Gesangsratschläge erteilt, die nur aus dem Kopfe eines musikalisch gebildeten Historikers geboren werden können. Bei der Seltenheit dieser Kombination in Deutschland wird man die Freude an solcher Schriftstellerei vermissen. Die drei Don-Juan-Kapitel sind ein glänzender Beleg für die vielseitige und doch im Altwesen der Musik verankerte Persönlichkeit Dents. Der sollte Stil wird das Buch in weite Kreise treiben. Und die Mozart-Sänger sollte man verträglich verpflichten, es zu lesen und zu beherzigen.

Der Engelhorn-Verlag hat eine Anzahl musikalischer Volksbücher herausgebracht, die gerade bei unseren Lesern auf Zustimmung rechnen dürfen. Verschieden im Inhalt und Gestalt bringen sie zu den Fragen, die der Titel verrät, in populärer Art wesentliches bei. Ich nenne hier die interessantesten Bände der reichhaltigen (und billigen) kleinen Bibliothek: Aber: Goethe und die Musik (neu und voller hochwertiger Wissens), Moser: Musikalische Seitenpiegel (lehrreich und amüsam in der Zusammenstellung dessen, was große, Geister zum großen Problem der Musik gesprochen haben); Grumsky: Bruckner (eindrücklich in Sprache und mystischer Gestaltung, leider im historischen Teil völlig verblödet; man übergeht Ochs und Bloch, und preist — Nürnberg!); Siegfried Wagners Lebenserinnerungen; Hoffmanns musikalische Dichtungen und Aufsätze; Spemanns Reger-Brevier, Regels vorläufige, persönlich gefärbte Brahms-Biographie und die sehr reizvolle kleine Geschichte der Hausinstrumente von Hermann Sommer.

Eine Stiftung für unsere Museen. Professor Dr. Friedrich Sarre, der Direktor der Islamischen Kunstabteilung des Kaiser-Friedrich-Museums, hat jetzt den Berliner Museen eine große Stiftung gemacht; er schenkte seiner Abteilung die Sammlung, die er

bis zum Jahre 1904, bis zum Eintritt in die Museen, zusammengebracht hat. Es handelt sich um rund 750 Gegenstände, vor allem um Keramik und Metall, dazu einzelne Stücke aus Glas, Stein und Stuck. Die Sammlung, die in einem besonderen Räume des Kaiser-Friedrich-Museums aufgestellt worden ist, wurde zum weitaus größten Teil im Orient selbst erworben, zum geringsten Teil im europäischen Kunsthandel.

Daß ein Gelehrter den Ertrag jahrzehntelanger Arbeit selbstlos der Allgemeinheit spendet, verdient in heutiger Zeit besondere Anerkennung, da eine solche Sammlung orientalischer Kunstgegenstände eine schwindelerregende Summe von Papiermillionen wert ist.

Als Arztin in Indien. Der Beruf der Arztin ist für Indien besonders notwendig, weil der fromme Hindu seine Frau oder Tochter lieber sterben läßt, als daß er sie den Augen eines Mannes aussetzen würde. Aus diesem Grunde hat eine amerikanische Arztin, Dr. Ida Couder, die seit 30 Jahren in Indien eine segensreiche Tätigkeit entfaltet, die Ausbildung weiblicher indischer Ärzte in die Hand genommen. Wie sie selbst dazu kam, die Heilung kranker Frauen in indischen Harems zu übernehmen, erzählt sie im „Manchester Guardian“: „Mein Großvater, ein junger New Yorker Arzt, kam 1819 nach Indien, und nach ihm wirkte dort mein Vater als Arzt bei der amerikanischen Mission. Ich selbst erhielt meine Ausbildung in Amerika und wollte zunächst von dem Leben Indiens nichts wissen. Nur ungern blieb ich im Elternhaus. Da hörte ich eines Abends an unserer Tür klopfen. Ein Brahmane stand davor und erzählte, seine Frau sei krank. Er bat mich sichtlich, doch zu ihr zu kommen. Da ich nichts von Medizin verstand, wollte ich meinen Vater schicken, aber das wurde abgelehnt. Nicht lange darauf, klopfte ein anderer Mohammedaner an unsere Tür und bat um Hilfe, wollte aber meinen Vater nicht mitnehmen, sondern rief: „Ich will lieber, daß mein Weib stirbt, als daß sie einen Mann sieht.“ Noch ein dritter Hilferuf gelangte an mich in dieser Schicksalsnacht, und am Morgen brachte ein Bote die Nachricht, daß die drei Frauen gestorben seien, alle noch im Kindesalter, die älteste 14 Jahre. Diese Nacht mit ihren Erlebnissen, mit der Verzweiflung, nicht helfen zu können, machte aus mir einen anderen Menschen. Ich beschloß, Medizin zu studieren, erhielt meine Ausbildung an der Cornell-Medizinschule und wirkte seitdem 30 Jahre in Indien. Mein Beruf hat mich glücklich gemacht.“ Die von ihr gegründete und geleitete Medizinschule, die von der Regierung unterstützt wird, hat bereits eine ganze Anzahl Ärztinnen ausgebildet, darunter 10 Hindumädchen, 1 Frau aus der Brahmanenkaste, die anderen christliche Indierinnen. Der Juchend zu der Schule ist sehr groß. Es gibt bisher erst 150 weibliche Ärzte für die 165 Millionen indischer Frauen, und es ist daher noch sehr viel zu tun.

Historische Kraftwagen. Aus Budapest wird berichtet, daß die österreichische Regierung den Behörden von Steinamanger das Auto zurückgeben ließ, das der Kaiser Karl nach seinem letzten Putschversuch zur Flucht benutzt hatte. Das Auto gehörte einer Firma in Steinamanger und wurde während der Bandenunruhen im Burgenlande von österreichischen Truppen beschlagnahmt. Ein begeisterter ungarischer Legationist will der Firma die denkwürdigen Reliquie abkaufen.

Schade, daß der Kraftwagen, mit dem unser Wilhelm seine impulsive Fahrt über die holländische Grenze machte, nicht verläßlich

Hingabe an das Volksganze, sondern vor allem auch Nerven und festeste Zuversicht. Wo können wir uns aber diese besser und zwangloser holen, als wenn wir uns an das Beispiel Ostpreußens halten? Die Haltung der Ostpreußen nach ihrem Wiedereinzug in das frei gewordene Heimatland, insbesondere das Ergebnis der Abstimmung hat uns gezeigt, daß diese Menschen durch all das erlittene Unglück in ihrer vaterländischen Gefinnung, in ihrem unerbittlichen Willen, am Wiederaufbau nicht nur ihres Landes, sondern ganz Deutschlands mitzuwirken, nur noch härter gemordet sind.

Und das ist die Lehre, die wir heute alle brauchen, die festliche Zufrichtung, die wir aus dieser Feiertagsstunde mitnehmen sollen: Nicht lauer und nicht schwächer werden im Anglück, sondern härter, ausdauernder und zuversichtlicher! Nicht Gewalt — und nicht Kampfsache einzelner, die immer nur neues Leid und neue schwere Leiden für die Brüder im alt- und neubefehlten Gebiet des Westens mit sich bringen, sind unsere Waffen, sondern Recht, Beharrlichkeit und das sichere Gefühl in unserer Brust, daß letzten Endes doch unser die Zukunft ist.

Frankreich auf dem Sempelsang.

Das französische Nationalfest und die Rheinlande.

Aus dem Rheinland wird uns geschrieben: Am kommenden Sonnabend, den 14. Juli, feiern die Franzosen ihr Nationalfest in Erinnerung an die Erfüllung der Bastille, den Auftakt der großen französischen Revolution. Auch die heutigen führenden Politiker Frankreichs, die entarteten Entel jener Prediger von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, wissen das Nationalfest ihres Landes vor allem auch in dem besetzten Gebiet groß aufzumachen und mit allem militärischen Pomp und Fierlichkeit zu umgeben. Hornächtig behauptet sich im besetzten Gebiet aber auch das Gerücht, daß die rheinischen Separatisten diesmal am 14. Juli, begünstigt durch die sechsmonatige Ruhrbesetzung und die Verkehrsperre, ihre Stunde gekommen sehen, um die Rheinische Republik auszurufen. An sich könnten die Smeets und Dorken und ihre Helfershelfer politisch nichts Töchtereres tun, als das französische Nationalfest für ihren Putsch zu wählen, um so vor der ganzen Welt von vornherein zu dokumentieren, daß sie nur das Spiel des französischen Militärs und der Imperialisten treiben, daß ihre Bewegung aber nichts zu tun hat mit der Auffassung der breiten Massen, sondern das schroffe Gegenteil vom Selbstbestimmungsrecht einer Bevölkerung ist. Denn unsere Rheinländer wollen von einer Rheinischen Republik nichts wissen, am wenigsten von einer Republik von hochherräters Gnaden.

Aber kein Zweifel, der Separatismus, die Agitation für die Vortrennung des Rheinlandes von Deutschland und speziell von Preußen geht um, dank der eifrigen Tätigkeit einer französischen Propaganda. Wo aber findet diese ihren Eingang? Es ist bezeichnend, daß die Kreise, die sich sonst überall als „national“ gebärden, am ehesten auf den französischen Sempelsang hereinfallen. Verlocken durch französische Versprechungen lassen sich die politisch und wirtschaftlich gleich reaktionären Teile des sogenannten gewerblichen und bürgerlichen Mittelstandes. Diese Kleinrentner erwarten von einer Rheinischen Republik eine Förderung ihrer feintlichen Lebensinteressen. Der reaktionäre Hausbesitzer erwartet die Aufhebung der ihm so verhassten Wohnungszwangswirtschaft, um ungehemmt mit den Wohnungen wuchern zu können. Der reaktionäre Händler erwartet die Befreiung der Wuchererzählung, um ungehindert Profite machen zu können. Der reaktionäre Bauer erwartet, daß jeder Eingriff in seine „freie Wirtschaft“ unterbleibt, damit er seine Erzeugnisse zum Weltmarktpreis und darüber loschlagen kann. Reaktionäre Handwerksmeister und Fabrikanten erwarten schließlich die Befreiung des Achtstundentages, um Arbeiter und Angestellte wie ehedem schrankenlos auszunutzen zu können. Kurz und gut, vom französischen Militarismus, dem Schutzherrn der Rheinland-Republik, erwartet ein Teil der Interessentengruppe ihren eigennütigen Vorteil. Ganz Dumme heißen noch auf den Räder an, daß eine Rheinische Republik die Befreiung der Rheinländer von den Lasten des Friedensvertrages bringe. Dem Kleinbürgerlichen Egoismus links des Rheins steht als Hüter eines wahren Deutschtums die große Masse der Hand- und Kopfarbeiter gegenüber, die politisch geschult genug ist, um zu wissen, daß in einer Rheinischen Republik nur die Geschäfte der

ist. Als Schlussnummer für die Sammlungen des Hohenzollernmuseums oder für die Ruhmeshalle im Zeughaus wäre es vortrefflich am Platz.

Wissenschaft, die Geld einbringt. Dieser Tage ist in Cambridge im Alter von achtzig Jahren der Professor der Chemie an der dortigen Universität Sir James Dewar in seiner Verfassung eines Vermögens gestorben, das nur auf die Kleinigkeit von 1 Million Pfund Sterling geschätzt wird. Der Verstorbene hat seine Instrumente dem Universitäts-Laboratorium von Cambridge, 2500 Pfund Sterling seinen Wittenten und den gleichen Betrag drei Freunden hinterlassen mit dem Auftrag, seiner Witwe bei der Sichtung und Veröffentlichung seiner Manuskripte hilfreiche Hand zu leisten. Wenn man sich vorgegenwärtigt, daß beispielsweise ein Landsmann Demars, der im Jahre 1890 das als „Kobalt“ bekannte Instrument zum Nachweis elektrischer Wellen erfand, aus Geldmangel davon absehen mußte, seine wissenschaftlichen Untersuchungen weiterzuführen, so fragt man sich erstaunt, wie es seinem Kollegen von der chemischen Fakultät möglich gewesen ist, ein so reiches Vermögen zusammenzubringen. Die Antwort auf die Frage ist gegeben, wenn man darauf hinweist, daß Professor James Dewar einer der Erfinder des „Candite“ war, des englischen rauchlosen Pulvers. Sein Fall bildet ein Seitenstück zu dem des Stiflers des Nobelpreises, dessen Vermögen der Erfindung und Fabrikation des Dynamits entstammte.

Der Fall Dewars bietet einen neuen Beweis für die schmachvolle Tatsache, daß die Erfinder eines Zerstörungsmittels ungleich mehr Aussicht haben, reich zu werden, als die Erfinder eines dem Aufbau der Kultur und der allgemeinen Wohlfahrt dienenden Mittels, die sich zumeist damit begnügen müssen, als „Wohlfäter der Menschheit“ gepriesen zu werden und — zu hungern.

Die Pariser „Siegesallee“. Die Stadtnverwaltung von Paris hat den Plan gefaßt, die Avenue de l'Observatoire zu einer Art „Denkmalsstraße“ auszugestalten. Zu beiden Seiten dieser langen Allee sollen die Statuen mehr oder weniger berühmter Pariser Bürger in Stein oder Bronze aufgestellt werden. Da man nicht mehr gestattet, Denkmäler auf einzelnen Plätzen zu etablieren, so will man hier alles zusammenbringen, was die Denkmalslust der Pariser wünscht, und wenn man nicht weiß, was man sonst mit einer Statue anfangen soll, so wird sie einfach in die Avenue de l'Observatoire gebracht, wo noch sehr viel Platz ist.

Wie man sieht, bemüht sich das offizielle Frankreich, nicht nur auf militärischem, sondern auch auf ästhetischem Gebiete die Erbschaft des alten Preußentums anzuerkennen. Es fehlen ihm nur noch die Hohenzollern; aber die sind glücklicherweise un-nachahmlich.

Max Reinhardt ist von einem amerikanischen Manager vom nächsten November an auf drei Monate nach New York verpflichtet worden, um dort ein Bühnenwerk zu inszenieren, an dem angeblich „die ersten Theater-herne Central-Entropas“ mitwirken werden.

Amundsen's Rückkehr. „Eisbarstende“ teilt aus New York mit, daß in New York ein Boot von Amundsen angekommen ist. Nach den Angaben des Boten gibt Amundsen den Boten endgültig auf, weil der Motor der Nautilus nicht ausgebessert werden konnte. Amundsen und Osbal werden demnächst nach Seattle zurückkehren.

imperialistischen Reaktion Frankreichs betrieben werden, daß eine Rheinische Republik aber nie und nimmer zum Wohle der Gesamtbevölkerung ausschlagen kann.

Vorbereitungen für die Rheinische Republik!

Münster, 11. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Von einer über die französischen Pläne aufs genaueste unterrichteten Persönlichkeit, der durch enge Fühlungnahme mit den leitenden französischen Stellen wichtiges Material über die Ruhraktion zugänglich war, erfahren wir hier über die Vorbereitungen für die Rheinische Republik folgende Einzelheiten:

Ende Juni bzw. Anfang Juli d. J. fand eine wichtige Zentralratssitzung der Anhänger der Rheinland-Republik gemeinsam mit bekannten französischen Persönlichkeiten in Köln statt. Die Sitzung, in der besonders auch Smeets und seine Vertrauensleute, insgesamt fünf Personen, eine wichtige Rolle spielten, befaßte sich eingehend mit der Ruhraktion. Auch eine früher in

Dachdecker und Berufsgenossen!

heute Donnerstag, abends von 5—7 Uhr:

Abstimmung in den Zahlstellen.

Nach einer stätigehabte Konferenz wurde dabei eingehend erörtert, in der man bereits die Ausrufung der Rheinischen Republik beschlossen und der hohen Kommission von diesem Beschluß Mitteilung gemacht hatte, um zu dem gewünschten Ziele zu gelangen.

Smeets sagte in der Sitzung wörtlich:

„Nun wollen wir mal unseren Antrag der französischen Regierung unterbreiten. Hoffentlich tritt sie unseren Anschauungen bei.“ Smeets ist in der Sitzung für rücksichtslose Besetzung des Ruhrgebietes eingetreten, ebenso für die rücksichtslose Ausweisung der Spitzen der Behörden sowie von vornehmenden Beamten, da er fälschlich von ihnen annahm, sie würden eher in französischen Diensten arbeiten als Haus und Hof verlassen. Ferner trat Smeets für rücksichtslose Beschlagnahme aller Gelder ein. Alle diese Vorschläge wurden in der Konferenz eingehend besprochen. Später hat dann Smeets in Koblenz mit Tirard längere Verhandlungen darüber gepflogen. Wie wir weiter erfahren, wurde auch

der Plan eines neuen französischen Gewaltaktes

erörtert, in dem ein besonderes barbarisches Vorgehen vorgesehen ist, um die geplanten Ausweisungen der nicht französisch gestimmten Bevölkerung mit aller Schärfe durchführen zu können. Nur diejenigen Bevölkerungsteile sollen im Einbruchgebiet verbleiben können, die auf dem Boden der Rheinischen Republik stehen. Alle Gegner der Republik sollen rücksichtslos ausgewiesen werden. Von den Smeets-Leuten werden bereits Listen aufgestellt, um zu dem geeigneten Zeitpunkt die Ausweisung der Bevölkerung mit allem Nachdruck durchführen zu können. Vor allem sind auch die Spitzen der Behörden in diesen Listen aufgeführt, da man in ihnen in erster Linie die Gegner der Rheinischen Republik sieht. Auch die bisher erfolgte Ausweisung ist lediglich auf Grund dieser Liste der Smeets-Leute erfolgt, ebenso sind zahlreiche rigorose Maßnahmen der Franzosen, Bahnsperre usw., in erster Linie auf Antrag der Smeets-Leute in Köln zurückzuführen. Smeets tritt gegenüber Dorken als der weit gefährlichere auf, da Dorken nur theoretisch arbeitet, während Smeets praktisch alle Pläne in die Wirklichkeit umsetzt. Hierfür werden im

dauernd große französische Geldsummen

u. a. für Propagandazwecke, speziell in der Vortrennungssache, zur Verfügung gestellt. Ebenso bekommt er französische Autos für seine Zwecke gestellt. Die Gelder für die Herstellung eines Nachrichtenblattes in Mainz, Trier und Koblenz fließen ihm gleichfalls von französischer Seite zu. Flugblätter werden von Fall zu Fall gedruckt und in Masse verteilt. Die Smeets-Leute können ungehindert, von französischen Bajonetten geschützt, die Plakate der deutschen Eisenbahner abreißen und die Plakate der Franzosen anbringen. Zur Ueberwachung und Sicherung werden daher dabei meist schwarze marokkanische Truppen herangezogen, die alles, was ihnen in den Weg kommt, rücksichtslos und ohne Anruf erschließen.

Englands Standpunkt unverändert.

London, 11. Juli. (W.B.) Reuters teilt mit: Wenn es auch möglich ist, daß die gestern abend zwischen Lord Curzon und dem französischen Vorkämpfer stattgehabte Unterredung einiges neue Licht auf die französische Auffassung geworfen hat, so kann doch zuverlässig angenommen werden, daß die Pläne der britischen Regierung unverändert bleiben. Es ist jetzt sicher, daß diese morgen im Parlament ausführlich zur Darstellung gelangen werden. Es werde mit Befriedigung festgestellt, daß die französische Presse eine freundlichere Tendenz zeige und daß Anzeichen für ein Verlangen nach engerer Zusammenarbeit vorhanden zu sein scheinen, ein Gefühl, das in London selbstverständlich vorherrsche.

Neuer Kabinettsrat.

London, 11. Juli. (W.B.) Den Blättern zufolge hat das Kabinett sich heute nochmals mit der Ruhrpolitik unter Berücksichtigung der jüngsten Ereignisse beschäftigt. Wie weiter gemeldet wird, war der tschechoslowakische Minister des Auswärtigen Dr. Benesch heute von Lord Curzon zum Frühstück geladen.

Ben Tillett für Baldwin.

London, 11. Juli. (W.B.) Ben Tillett, der bekannte Arbeiterführer und Mitglied des Unterhauses, gab heute in einer Ansprache im Transportarbeiterverband der öffentlichen englischen Meinung beredend und treffenden Ausdruck. Er forderte die Arbeiter auf, den Ministerpräsidenten in der gegenwärtigen Krise zu unterstützen, der zwar einer der schärfsten Männer sei, die die Premierschaft hätten erlangen können, der aber in seiner Absicht, der Diplomatie zu widerstehen, die uns in neue Kriege schleife, wie sie uns schon von jeher in alle bekannten Kriege geschleift habe, von den Arbeitern unterstützt werden müsse. Wir befinden uns tatsächlich in einem neuen Kriege, von dem wir nur errettet werden können, wenn man Deutschland rette und Frankreich rette. Die Arbeiter müßten ihrer Verantwortung eingedenk sein und in unmißverständlicher Weise erklären, daß es keinen Krieg mehr geben dürfe. Sie müßten all ihren Einfluß auf die deutschen und französischen Arbeiter ausbieten, um diese zu einer gemeinschaftlichen Front gegen die Kriegstreiber zu bestimmen.

Verlesung. In unserer Meldung in der gestrigen Abendausgabe über die neue Sitzung des Bureau der Sozialistischen Arbeiterinternationale in London muß es an Stelle des irrtillich angegebenen 21. Mai der 21. Juli heißen.

Rücktritt Don Sturzios.

Infolge der heftigen Angriffe der faschistischen Partei, ist der einflussreiche Generalsekretär der italienischen Volkspartei, Don Sturzio, von seinem Amte zurückgetreten. Don Sturzio war bekanntlich einer der bedeutendsten Führer der Opposition gegen die faschistische Regierung. Noch neuerdings hat er die reaktionäre Wahlreform Mussolinis auf das heftigste bekämpft. In der letzten Zeit nahmen die Angriffe der faschistischen Presse gegen Don Sturzio eine so scharfe Form an, daß der Vatikan, offensichtlich unter dem Druck der Regierung, den Führer der katholischen Volkspartei fallen ließ. Wie aus Rom gemeldet wird, hatte die Regierung auf eine Anfrage des Vatikans anlässlich einiger Gewalttaten gegen katholische Vereine und Feiertage geantwortet, sie könne die faschistischen Massen nicht im Zaume halten, da sie durch die Haltung Don Sturzios besonders gereizt seien. Darauf soll der Vatikan Don Sturzio seinen Wunsch mitgeteilt haben, zurückzutreten, damit eine Offensive gegen die Kirche vermieden werde. Für die Entwicklung der italienischen Politik wird dieser auf dem Umwege über den Vatikan erzwungene Rücktritt des einflussreichen Popolariführers, sicherlich von nachhaltiger Bedeutung sein.

Rom, 10. Juli. (W.B.) In der Rundgebung, in der Don Sturzio seinen Rücktritt von der Leitung der Popolaripartei erklärt, sagt er, er wolle den Begnern keinen Vorwand geben, über die Beziehungen der Partei zur Kirche zweideutige Erörterungen anzustellen. Der Nationalrat der Popolari hat darauf beschlossen, das Amt des politischen Sekretariats einem Kollegium von drei Männern zu übertragen, an dessen Spitze der frühere Minister Robino steht.

Der Orientfriede.

Anfragen im Unterhause.

London, 11. Juli. (W.B.) Im Unterhause erklärte Mac Neill auf verschiedene Anfragen über das Lausanner Ergebnis, die heutige Situation sei die, daß in den seit dem vorigen Sonnabend abgehaltenen halbamtlichen Besprechungen eine prinzipielle Einigung zwischen den einladenden Mächten und den Türken erreicht worden sei. Die Sachverständigen wären nunmehr damit beschäftigt, die endgültigen Entwürfe für den Friedensvertrag festzusetzen, und ehe nicht diese Entwürfe von der Balkankonferenz angenommen, alle noch ausstehenden Fragen erledigt und alle Besprechungen mit den Balkanstaaten beendet seien, sei er nicht in der Lage, positive Angaben über das Datum der Vertragsunterzeichnung und des Beginns der Räumung Konstantinopels zu machen.

Wirtschaft

Trostlose Aussichten.

Am Schluß eines Artikels „Zur kommenden Preisentwicklung“ kommt die „Bergwerkszeitung“ zu folgendem Ergebnis:

Die Preisentwicklung ist sehr pessimistisch zu beurteilen. Das gilt besonders für die nächste Zukunft. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Preise für die Einfuhrwaren sich im großen und ganzen den Devisenkursen angepaßt haben; dagegen sind ihnen die Preise für die Inlandsrohstoffe und Inlandshandelsprodukte lange nicht in dem Maße gefolgt, während die Preise für die Fertigerzeugnisse sich den Devisenkursen nur zu einem Bruchteil genähert haben. Aus diesem Grunde beträgt der Kleinhandelsindex, in dem die Preisgestaltung der deutschen Fertigerzeugnisse zum Ausdruck kommt, zur Zeit nur knapp die Hälfte des Großhandelsindex. Diese Spanne bedeutet ein sehr betrübliches Prognostikon (Vorseichen) für die Zukunft. Denn sie sagt, daß selbst bei stabilen Großhandelspreisen erst eine erfahrungsgemäß recht schnell sich vollziehende Annäherung der Kleinhandelspreise erfolgen wird, bevor der Kleinhandel daran denken kann, einen — noch in weiter Ferne befindlichen Preisabbau des Großhandels mitzumachen. Auf weitere Zukunft gesehen ist zu sagen, daß die deutschen Warenpreise die unaufhaltbare Tendenz zeigen, sich nicht nur den Weltmarktpreisen anzupassen, sondern auch noch wegen der auf uns ruhenden Lasten über sie hinauszugehen, ein Vorgang, wie er im letzten Halbjahr in Oesterreich zu beobachten war, das jetzt das teuerste Land der Welt ist. Da die für den Konsum hauptsächlich in Betracht kommenden Kleinhandelspreise noch weit unter Großhandelspreisen liegen und da auch die Großhandelspreise selbst bei stabilen Devisenkursen aller Voraussicht nach ihr Höchstmaß noch nicht erreicht haben, ist leider damit zu rechnen, daß wir den Höhepunkt der „Teuerung“ noch nicht erreicht haben.

Diese Beurteilung des Warenmarktes deckt sich durchaus mit der unsrigen. Der Preiswärt war ist so groß, die Lage des Devisenmarktes so ungeklärt, daß allein von dieser Seite erhebliche Teuerungswellen zu erwarten sind, ganz ungeachtet dessen, daß die Kleinhandelspreise heute schneller als je sich dem Dollarkursniveau anzupassen suchen, die Großhandelspreise aber bei dem anhaltenden Marktzug immer noch einen Vorsprung vor den schwerer beweglichen Kleinhandelspreisen behalten. Natürlich sind wir in der Beurteilung der Ursachen der Teuerung mit der „Bergwerkszeitung“ nicht einig. Diese glaubt, die Teuerung noch immer zu einem wesentlichen Teil auf das „Steigen der Löhne“ zurückzuführen zu können. Sie glaubt es, obwohl das absurd ist! Denn es ist doch erwiesen, daß die Löhne den Warenpreisen erst in weitem Abstand folgten. Wie die späteren Lohnerhöhungen schon längst, ehe sie notwendig sind, die Preise in die Höhe treiben, bleibt ein Geheimnis, das zu lösen wir dem Unternehmerblatt überlassen müssen.

Die weiter drohende Teuerung ist ein Beweis für die Notwendigkeit wertbeständiger Löhne, auf deren Erreichung die Arbeiterschaft ihr Hauptaugenmerk richten muß.

Ein deutsch-russisches Getreideabkommen ist nach einer Meldung der „Bupa“ am 9. Juli bei den Verhandlungen in Moskau zum Abschluß gebracht worden. Es wurde am gleichen Tage unterzeichnet. Der wichtigste praktische Teil des Vertrages ist die Vereinbarung, nach der Rußland sofort mit den Getreidelieferungen für Deutschland beginnen wird. Die russische Regierung wird dafür die Bestände der alten Ernte in Anspruch nehmen. Ueber weitere Einzelheiten des Vertrages wird durch die amtlichen Agenturen ein Ueberblick herausgegeben werden, der nach der Beendigung der beiden Regierungen über den Wortlaut gleichzeitig in Moskau und Berlin veröffentlicht werden soll.

Preiserschöpfung für Kaff. Die Sechskommmission des Reichskolonialrates beschloß mit Zustimmung der Vertreter der Landwirtschaft eine Erhöhung von 45 Proz. mit Wirkung ab 11. d. M.

Devisenkurs. Unserer gestrigen Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 Belg. Frank 9826,50 Geld, 9878,50 Brief, 1 Finn. Mark 5182, — Geld, 5188, — Brief, 100 Österr. Kronen (abget.) 266,88 Geld, 267,67 Brief, 1 tschechische Krone 5665,50 Geld, 5694,50 Brief, 1 ungarische Krone 21,44 Geld, 21,56 Brief, 1 bulgarische Bema 1675,50 Geld, 1684,50 Brief, 1 jugoslawischer Dinar 1955 Geld, 1966 Brief.

Hakenkreuzler im Stadtbahnzug.

Ein Leser unseres Blattes teilt uns das folgende Erlebnis mit: Als ich am Freitag abend den um 11,11 Uhr vom Schleifischen Bahnhof nach Kaulsdorf fahrenden Stadtbahnzug bestieg, geriet ich in einen Wagen dritter Klasse, der von deutschpöblichen „Heldenjünglingen“ stark besetzt war. Die zum Teil kaum flügge gewordenen Bürschen, denen man ansah, daß Mutter ihnen zu Hause erst die Hosen zugeknöpft und die Nase gepuht hatte, die- weil sie allein das noch nicht recht fertig bringen, traten ebenso herausfordernd wie provozierend auf. Ein dreifäßerhoher „Held“ brachte es sogar fertig, seinen Gummi knüppel hervorzuholen und damit andere Reisende zu bedrohen. Besonders auffallend war die Fußelbegeisterung, in der sämtliche Hakenkreuzler sich befanden und die sich in Brüllen, Schreien, Toben und Belästigen der Mitreisenden auswirkte. Ihre mit unwer- schämter Dreistigkeit zur Schau getragenen schwarzweißroten Bänder und Hakenkreuze taten ein übriges. Als einem der belästigten und provozierten Mitreisenden der Geduldsfaden riß und er sich den deutschpöblichen Unfug verbiet, riefte mehrere dieser „Helden“ das Herz sofort tief in die Hosen und ängstlich verkrochen sie sich hinter härtere Freunde. Sie bekamen auch ohne weiteres den flehentlich herbeizurufenen Schutz. Mit teutonischem Gebrüll stürzte sich nämlich nunmehr die ganze Meute auf den einen und nur dem Umstande, daß eine Anzahl Fahrgäste für den Angegriffenen energisch Partei nahmen, hatte er es zu danken, daß er keine Prügel bekam. Da die Gesellschaft größtenteils bis Kaulsdorf fuhr, ist anzunehmen, daß sie dort beheimatet ist. Wie mir versichert wurde, soll das Treiben der Hakenkreuzler in diesem Vorort Berlins und einigen benachbarten Orten geradezu gemeingefährlich sein, weil man ihnen behördlicherseits nicht entgegen- tritt. Obgleich diese Bürschen, wie der obengeschilderte Vorgang beweist, nur Mut haben, wenn sie in Rubeln beisammen sind, er- scheint es doch angebracht, ihnen mehr als bisher auf die Finger zu sehen. Denn es geht doch wohl nicht an, daß Deutschland und seine Einrichtungen von solchen fußelbegeisterten Bausubben in unwer- schämtester Weise in den Schmutz gezogen und Andersgefinnte belästigt, beschimpft und bedroht werden. Man merkte es dem schwarz- weißrotbändernden und hakenkreuzgeschmückten Pöbel an ihrem Auf- treten an, daß sie von den Behörden nichts zu fürchten haben und daß sie sich darum auch als Herren der Situation fühlten. Wenn es auch eine ebenso bekannte wie unbestreitbare Tatsache ist, daß Hakenkreuz, Schwarzweißrot und Fußel zum deutschpöblichen Nachmarktrummel gehören, so dürfte es sich doch empfehlen, daß die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterschaft von Kaulsdorf und Umgebung auf der Hut ist und dem Treiben dieser nationalstischen Rowdys ein Ziel setzt, wenn die Behörden dem von Hakenkreuzlern verübten Unfug tatenlos zusieht, und ihrer Aufgabe, die andersdenkenden Bevölkerungs- kreise zu schützen, nicht gerecht zu werden versucht.

Die Saison der Hitzschläge.

Seit Pfingsten wartete man vergeblich auf sommerliche Wärme. Trübes Grau bedeckte den Himmel und hinderte die Sonne, uns ihre Strahlen zu senden. Mit einem Male aber war das Grau verschwunden, die Sonne leuchtete am wolkenlosen Himmel und Tag um Tag steigerte sich ihre Glut. Gleichzeitig aber kommen wieder zahlreiche Meldungen von Unfallsfällen, die die für uns neu ersandene Sonne direkt und indirekt verschuldet hat. Jeder Tag fordert jetzt seine Opfer. Sei es, daß Menschen vom Hitzschlag getroffen, auf der Straße zusammenbrechen, sei es, daß andere im Wasser ihren Tod finden, weil sie die einfachsten Vorichtsmaßregeln außer acht lassen.

Ein brach vorgestern abend der 63 Jahre alte Hausdiener Wilhelm Müller aus Schwarzenberg vor dem Hause Rudapester Straße 14 infolge der heißen Hitze ohnmächtig zusammen. Dabei schlug er mit dem Kopf so heftig auf die Straße, daß er schwere Verletzungen davontrug. Er fand im Urban-Krankenhaus Aufnahme. Ein weiteres Opfer der Hitze wurde gestern vormittag ein 55 bis 60 Jahre alter Mann. Er stürzte an der Ecke der Brangel- und Zeughausstraße plötzlich von seinem Rade und war auf der Stelle tot. Ein Hitzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht. — Bei Oranienau auf der sogenannten Bannmecke wurde aus der Dohme die Leiche des 19jährigen Landarbeiters Fritz Fischer gefunden. Der des Schwimmens unkundige 23jährige Mechaniker Fritz Bräblikki aus der Blumenstr. 80/81 ertrank im Hennigsdorfer Teich. Die Leiche konnte bisher nicht geborgen werden. Der 17jährige Erwin Rauchsche aus der

Egerkerstr. 4 ist beim Baden an verbotener Stelle in der Nähe des Freibades Tegelfort ertrunken. Der 19jährige Bureau- gehilfe Franz v. Krenski aus der Rosfelder Str. 28 ertrank im Verbindungsstapel an der Königsdammbrücke. Er war mit seinem des Schwimmens ebenfalls unkundigen Bruder an eine tiefe Stelle geraten und untergegangen. Während es gelang, den Bruder zu retten, kam Franz v. K. nicht wieder zum Vorschein. Die Leiche ist später geborgen worden.

Erhöhung der Postgebühren.

Vom 1. August ab.

Im Reichstagsauschuß für Postangelegenheiten wurde am Mittwoch die für den 1. August vorgesehene neue Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren behandelt. Reichspostminister Stingi machte wenig erfreuliche Angaben über den Posthaushalt für 1923. Selbst bei Berücksichtigung der Gebührenerhöhungen vom 1. Juli verbleibt nach seiner Aufrechnung noch ein Fehlbetrag von mehr als 2 1/2 Billionen Mark für den Post- haushalt. Die inzwischen notwendig gewordenen Einkommens- aufbesserungen bedingen Mehrausgaben von 4,8 Billionen Mark allein für die Postbeamten. Die Verteuerung der Betriebs- und sachlichen Ausgaben erfordern Mehraufwendungen von rund 1,2 Billionen Mark, so daß sich zurzeit der Fehlbetrag des Posthaushalts von 1923 auf 8 1/2 Billionen Mark beläuft. Mit einem Fehlbetrag von solchem Ausmaß könne die Post aus innen- wie außen- politischen Gründen nicht weiter wirtschaften. Daher kommt eine neue erhebliche Steigerung aller Post- und Tele- graphengebühren, die nach der Auffassung des Ministers allerdings auch nur eine jährliche Mehreinnahme an Gebühren von rund 4 Billionen Mark, also noch nicht einmal die Hälfte des Fehlbetrages erwarten lassen. Da die neuen Gebühren aber erst ab 1. August in Kraft treten, beläuft sich die Mehreinnahme daraus für das Rechnungsjahr nur auf 2,6 Billionen Mark, so daß trotz aller Erhöhungen noch immer 5,9 Billionen Mark ohne Deckung bleiben.

Der Auschuß beschloß folgende neue Gebühren ab 1. August: Postkarten im Ortsverkehr 200 M., im Fernverkehr 400 M.; Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 400 M., von 20 bis 100 Gramm 600 M., im Fernverkehr 1000 M. bzw. 1200 M.; Drucksachen bis 25 Gramm 200 M., von 25 bis 50 Gramm 400 M., ein Päckchen 2000 M. Für gewöhnliche Telegramme im Fernver- kehr beträgt die Grundgebühr 1600 M., die Wortgebühr 800 M. Im Auslandsverkehr kostet ein Brief bis 20 Gramm 3000 M., eine Postkarte 1800 M., je 50 Gramm Drucksachen 600 M. Für den 1. September ist voraussichtlich mit einer Verdoppelung der August- gebühren zu rechnen.

Kohlenkontrollen der Polizei.

Die Polizei läßt es sich sehr angelegen sein, den Kohlenhändlern etwas schärfer auf die Finger zu sehen. Die bei den vorhergehenden Preiserhöhungen von der Bucherabteilung des Polizeipräsidiums vorgenommenen Kohlenkontrollen wurden mit Rücksicht auf die gestern eingetretene Bricket-Preiserhöhung bei rund 40 großen Kleinhändlern und auf den Güterbahnhöfen wiederholt. Sie er- gaben wieder, daß infolge geringer Zufuhr im allgemeinen noch immer große Kohlenknappheit herrscht. Die meisten Händler — besonders im Westen Berlins — hatten gar keine Kohlen. Im Osten wurden nur in der Umgegend des Schleifischen Bahnhofes, wo verhältnismäßig viele Kohlenhändler sind, Be- stände vorgefunden. Hier fehlt es aber an Käufern, was darauf zurückzuführen sein dürfte, daß trotz der seit Mai bestehenden Freizügigkeit der Kohlenkarre die Verbraucher sich nach wie vor immer an die gewohnten Händler halten. Eine Zurückhaltung schien nur auf einem Platz in Hohenschönhausen zu bestehen. Der Besitzer dieses Kohlenplatzes hatte die Weisung ergehen lassen, daß von mehreren auf dem Platz stehenden Wagen, obwohl nach- weislich Bestellungen von Hausbewohnern für diese Wagen nicht vorlagen, auch nicht an Selbstabholer abgegeben werden solle. Der Händler wurde von der Bucherpolizei darauf hingewiesen, daß er im Falle beharrlicher Verweigerung sich der spekulativen Zurück- haltung strafbar machen würde. Infolgedessen fand dann der Ver- kauf an Selbstabholer statt und zwar zu den bis zum 15. Juli einschließlich geltenden Preisen für Kleinhandel. — In Treptow brachten Beamte des Reviers 231 rund 33 Zentner Kohlen zwangsweise zum Verkauf, da die betreffende Firma keine Kohlen mehr verabfolgen wollte.

Ärzte und Krankenkassen.

In dem Honorarstreit zwischen den Groß-Berliner Kassen- Ärzten und den hiesigen Krankenkassen fällt ein unter dem Vor- sitz des Ministerialdirektors Grieser im Reichsarbeitsministerium zu- sammengetretenes Schiedsgericht am gestrigen Dienstag eine Entscheidung, nach der als Pauschale auf den Kopf des

Verfallenen für die erste Hälfte des Monats Juli 2437,50 Mark bezahlt werden. Diese Summe entspricht einer Jahrespauschale von 58.500 M. Dieser Betrag ist bis zum 18. dieses Monats an die ärztlichen Organisationen abzuführen. Ueber das Honorar für die zweite Hälfte des Juli soll wiederum ein Schiedsgericht, das Ende des Monats nach Bekanntwerden der Anzahl für die letzte Juliwoche zusammentritt, entscheiden. Das dann festgesetzte Honorar ist bis zum 1. August zu bezahlen.

Unter Mordverdacht.

Festnahme eines Revolverhelden.

Unter dem Verdacht des Mordes wurde der 30 Jahre alte Athlet Daniel Paluch verhaftet. In der Nacht zum 21. Mai d. J. wurde der aus Neujah a. d. Ober gebürtige Händler Hans Bödger vor dem Hause Lichtenberger Str. 3 besinnungslos in seinem Blute auf dem Bürgersteig liegend aufgefunden. Man brachte ihn nach dem Krankenhaus am Friedrichshain, wo die Ärzte einen schweren Bauchschuß feststellten. Bödger erlag nach wenigen Tagen der Verletzung. Der Vorfall war zunächst in tiefes Dunkel gehüllt. Den Ermittlungen der Kriminalpolizei des Polizeiamts Friedrichshain gelang es festzustellen, daß der Täter der Athlet Pa- luch war, ein wegen seiner Gewalttätigkeit bekannter Mensch, der trotz seiner Körperkraft auch noch stets eine scharf geladene Pistole in der Tasche hatte. Paluch war seit jener Nacht verschwunden und trotz aller Nachforschungen nicht zu finden. Jetzt endlich gelang es den Beamten, ihn in der Schliemannstraße, wo er sich bei einem Freunde verborgen hielt, aufzuspüren. Sie kamen zu seiner Fest- nahme gerade noch zur rechten Zeit, weil er eben im Begriff stand, nach Danzig abzufahren. Die Beamten gingen so überraschend vor, daß sie den gefährlichen Menschen, der früher schon einmal auf Kriminalbeamte geschossen hat, festnehmen konnten, bevor er dazu kam, von seiner Pistole Gebrauch zu machen. Der Verhaftete muß mit Bödger in Streit geraten sein und in der Notwehr gehandelt haben.

Die Lebensmittelunruhen in Potsdam.

Die Lebensmittelunruhen, die am gestrigen Mittwochvormittag in Potsdam in ähnlicher Form wie in Romones stattfanden, haben sich am Nachmittag nicht wiederholt. Dagegen macht sich jetzt in Potsdam ein Auftreten der seinerzeit von den kommunistischen Be- trieberräten ins Leben gerufenen wilden Kontrollkommissionen be- merkbar, die in den größeren Lebensmittelgeschäften Angaben über die Lagerbestände und die Einkaufspreise fordern, was ihnen jedoch überall verweigert wurde. Von der Polizei sind gegen diese Kom- missionen Maßnahmen ergriffen worden. Die Erwerbslosen hatten gestern bei der Potsdamer Lebensmittelfirma Schwetalsch die Ab- gabe von Schmalz und Margarine zum Preise von 10.000 M. das Pfund gefordert, was der Geschäftsinhaber aber ablehnte, da es sich bei seinem Vager um Kommissionsware amerikanischer Schmalz- firmen handelte. Zur Beruhigung der Menge wurden dann von der Firma Suppenwürfel und andere Lebensmittel im Werte von 1 1/2 Millionen Mark unentgeltlich verteilt, worauf die Demonstranten wieder abzogen. Zu ernstlichen Aus- schreitungen ist es nirgends gekommen, entgegen anders lautenden Meldungen ist auch kein einziger Stand auf dem Pots- damer Wochenmarkt gestürzt worden. Einzelne Händler hatten nur angefaßt der erregten Menge ihre Stände vorzeitig ab- gegeben. Am Abend fand eine Besprechung zwischen Vertretern der Preisprüfungsstelle, der Händler und der Polizei statt, in der zu der Lage Stellung genommen wurde.

Vor einigen Tagen berief der Kontrollauschuß in Baumschulen- weg (die komponierte Firma KPD. zieht nicht mehr) eine Versamm- lung unter freiem Himmel ein, welche sich mit der Bekämpfung des Buchers beschäftigen sollte. Ohne die sozialdemokratische Arbeit- erschaft, das wissen die KPDisten, können sie in Baumschulenweg nichts beginnen und so kam man auf die Idee, diese Versammlung ganz „neutral“ verlaufen zu lassen; so versprach man es unteren Genossen vor der Versammlung. Der erste Redner mühte sich ab „neutral“ zu reden, behie aber dafür die Bevölkerung auf. Der zweite Redner, der frühere Kellner, Angestellter des Verbandes der Gastwirtschaftlichen, dann Personalchef im Lunapark und jetzige Hof- arbeiter Gabel, der eigentliche Referent, behie die kleine Schar der Versammelten auf gegen die KPD. und Gewerkschaftsbureau- kratie wie es eben ein sogenannter Kommunist machen muß. Die heutigen traurigen Verhältnisse bieten dazu die beste Grundlage. Von unserer Seite wurde den Anwesenden der Irrsinn der KPD- Leute gebührend gezeigelt. Zum Mittwoch vormittag hatte nun diese „neutrale Firma“ zu einer Demonstration aufgerufen und als Treffpunkt den Wochenmarkt angelegt. Die Arbeiter- frauen sind aber diesen Demozogen nicht gefolgt. Von einer An- sammlung der Massen war nichts zu bemerken, denn es kam niemand, der sich ansammeln konnte. Wenn überall diese Drahtzieher allein gelassen werden, können sie kein Unheil anrichten. Zielbewußte und

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

Sie erzählte hastig von ihrem Kreise, von der Tante, die er auf alle Fälle im Amalienborgschloß besuchen müßte, wo sie als pensionierte Hofdame in zwei hübschen Zimmern lebte. Täglich kam eine der Prinzessinnen hinauf, um Neuigkeiten zu hören. Darum mußte Edith, so oft sie Zeit hatte, hingehen und erzählen, was sie Neues gehört hatte, nicht nur von den guten Familien, sondern auch alles über die Bankiers und Kaufleute der Kriegszeit, die jetzt aus ihren palastartigen Willen, mit denen sie in der Zeit ihrer Größe geprahlt hatten, heraus mußten, und besonders von Verlobungen und anderen Neuigkeiten in der Theaterwelt. Es war ja nur gut, wenn die Prinzessin ein wenig Einblick in das wirkliche Leben erhielt! Sie lebte ja überaus zurückgezogen im Schlosse, und sie war wirklich so lebenswürdig und nett! —

Edith hatte mit einer eigentümlich glatten, fast balan- cierenden Stimme gesprochen. Von der Besuchszeit der Mutter her erinnerte er sich dieses gleitenden Tones von Parkett- boden und Portieren.

Er mußte lachen, und die Schwester lächelte selbst mit, doch wie zuvor auf ihre vorlichtige Art.

„Trink nun deinen Tee,“ schalt sie milde, „und ich nicht mit dem Teelöffel aus der Tasse. Bei dem Junggesellenleben, das du führst, verlernst du alle deine guten Manieren. Ich muß ein wohlgezogenes, hübsches Mädchen zur Frau für dich finden!“

Er konnte es ihrer sinnenden Miene ansehen, daß sie die jungen Mädchen ihres Kreises an den Fingern herzählte, die vielen, vielen Unverlobten aus der einzigen Gesellschaft, mit der sie rechnete; es war der Rest von denen, die zur Zeit der Eltern die Tonangebenden gewesen waren, die Töchter der Marine und des höchsten Beamtenums, möglicherweise auch der angeseheneren Botziersfamilien. Sie lebten nun, von dem neuangetauchten Besindel beiseite geschoben, hier in dem alten Hofviertel, jedoch in bescheidenen Wohnungen als früher, nur mit ihrer Selbstachtung und der Sicherheit, daß sie allein guten Ton und wirklichen Takt konnten.

Edith fand ihn der Tochter eines hohen Offiziers würdig

oder einer mittellosen Komtesse, die aber nahe mit einem Grafen verwandt war, der auf seinem Gute noch auf alten Herrenstift hielt. Halb im Scherz nannte sie einige Namen: Emerenze hieß die eine, Merete eine andere — oder Clarisse, die Tochter eines verstorbenen Diplomaten. Sie war Künst- lerin, ihre Aquarelle hatten auf allen Bazonen der letzten Saison Aufsehen erregt. „Bei deiner Vorliebe für alles, was Boheme heißt, muß sie doch etwas für dich sein!“

Er lachte: „Raserin! Du bist reizend, aber ich danke bestens.“

Bekümmert betrachtete sie ihn; es war klar, daß sie ihn vor dem gesellschaftlichen Ruin retten wollte.

Sie seufzte: Es waren schwere Zeiten jetzt. „Der Offizier- stand gibt ja in unserer Zeit nicht mehr den Ton an, weißt du. Erinnerst du dich, wie Vater und Mutter auf jeden hinab- sahen, der sich mit Handel abgab. Sie verboten uns, zum Ball bei einem Kameraden zu gehen, dessen Vater dreifacher Millio- när war, aber einen Weißwarenladen in der Hauptstraße hatte. Das genügte! Jetzt dreht sich alles um Geld. Selbst du schreibst Bücher für Geld.“

Er lächelte. „Hast du die Biologie des Goldes“ ge- lesen? Sie handelt davon, wie das Gold gleich dem Aale über den Atlantischen Ozean geht, um sich zu vermehren.“

„Vorgestern,“ sagte sie, „hatte ich den italienischen Attaché als Tischherrn. — Er erzählte mir, daß eine schwedische Bank dir den Direktorstposten angeboten hätte.“

„Ja,“ nickte er trocken, „aber die Bank war insolvent, und ich sagte nein.“

Sie betrachtete ihn verwundert, ein wenig erschreckt. „Ihr Bruder, der Finanzexperte“, hatte der Italiener gesagt. Ihr Respekt war gewachsen. Doch nun hatte er eine so bedeutende Stellung ausgeschlagen! Sie beugte demütig das Haupt: „Vorgen wird wohl kaum mehr zur Dänischen Werft kommen. Meinst du nicht?“

Gude wußte, daß Paul dem Schwager sein Anerbieten, technischer Direktor der Werft zu werden, vor kaum einem halben Jahre gemacht hatte, als der Ruin der Gesellschaft schon gewiß war. Es war jedenfalls ein Versuch gewesen, sich eine Frist zu schaffen!

Die Schwester erzählte ihm von den schweren Tagen wäh- rend der Kriegsteuerung, drückend und hart für sie wie für

alle andern, die eine Staatsstellung mit einer elenden Gage hatten, während der Plebs Schloffer kaufte und alle Krämer Bucher trieben! Diese sechs Monate Gage als Direktor der Dänischen Werft waren die ökonomische Rettung ihres Mannes gewesen, hatten ihr Heim geradezu vom Untergang befreit! Sie nickte betrübt: Jetzt hatten sie so fest auf die große Lantime zum nächsten Neujahr gehofft, wie sie der andere Direktor der Werft zuleht bekommen hatte. Vorgen hatte sich übrigens wieder im Marineministerium gemeldet, war vortotiert und vorläufig zur Verfügung gestellt. „Hast du gesehen“, fuhr sie traurig fort, „wie verändert er ist!“

Der Bruder sah auf. „Wann fing das an?“

Sie starrte unsicher vor sich hin: „Nicht gleich. Als er Schlag kam, war er ganz ruhig, fast munter.“

„Weißt du“, sagte sie, „im Grunde glaube ich gar nicht, daß die Katastrophe der Dänischen Werft schuld daran ist. Es fing an, ja weißt du, es fing damals an, als du heimkehrtest. Ja, du mußt es selbst gesehen haben: wenn ihr euch trefft, ist seine Haltung verändert, gezwungen, seine Augen werden Starr, es ist, als hätte er eine Erscheinung!“

Gude schwieg. Die Schwester hatte es also gesehen, hatte die heimliche Spannung zwischen ihm und dem Schwager ge- fühlt. Er konnte den erstarrten, stummen Ausdruck in den Augen des andern, dies stumpfe Starren wie in einem uner- klärlischen Grauen vor sich sehen. Einmal zuvor — in Ruß- land — erinnerte er sich, denselben Ausdruck gesehen zu haben: bei einem Manne, den er gekannt hatte, einem Leutnant der russischen Marine. Der war, wie es hieß, auf hoher See während der Fahrt ins Wasser ge- sprungen, um einen Matrosen zu retten, der über Bord ge- sprungen, um einen Matrosen zu retten, der über Bord ge- über Wasser gehalten, aber ehe das Boot zu Hilfe kam, war der Mann untergegangen. Seitdem sah er immer dies Gesicht: den Mund, der nach Luft schnappte, die steifen weißen Augen, die leichenblaue Farbe, die sich langsam weiterzaf. Er war mit in der Schlacht von Tsushima gewesen, und hatte ganz andere Schreden gesehen, aber dieses Anisich des Ertrinkenden konnte er nicht verschmerzen, langsam, neidisch und erstidend zog es ihn mit sich in die Tiefe, bis er selbst in Finsternis und tiefer Melancholie verging. —

(Fortsetzung folgt.)

